

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dinhoff (A 7) 3600—3665.
Fernverkehr: Dinhoff 3606—3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatsbeitrag 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgebühren.

10 Pf. [Anzahl] . Nr 566

Berlin

Freitag, 25. November 1932

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handeltel) Dr. Carl Misch.
Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

ABEND-AUSGABE

Konzentration des Vertrauens Auf Tod und Leben

Kaas verhandelt mit den Parteiführern

Von ERICH KRAMER

Präsident Kaas hat vom Reichspräsidenten nicht den gleichen Auftrag erhalten wie Hitler. Er hat nicht festzustellen, ob eine sichere und arbeitsfähige Mehrheit für ein unter seiner Führung stehendes Kabinett im Reichstag zu finden wäre. Er hat nicht die Verantwortung auf sich genommen, sondern lediglich die Aufgabe, durch Prüfung und Analyse mit den Parteien darüber Klarheit zu schaffen, ob der Versuch einer Mehrheitsbildung irgendeinen Aussicht auf Erfolg hätte. Er hat sich dieser Aufgabe mit der Skepsis unterzogen, die nach dem Scheitern des Versuchs mit dem Führer der Nationalsozialisten nur allzu berechtigt ist. Er hat ohne den Glauben, der Dinge versteht, aber auch ohne perfide Absicht heute die Verbindung mit den anderen Parteiführern aufgenommen, um im Hause des Reichspräsidenten eine Zusammenkunft mit Hitler geist, nachher Augenzeugen gesprochen und will die Ziele seiner Unterredungen, auf der noch die Namen Einzelner und Schöpfer von der jeweiligen Partei verstreut sind, in den ersten Nachmittagsstunden absolviert haben. Um 5 Uhr nachmittags soll er wieder beim Reichspräsidenten erschienen.

Da es hierbei nicht um Wunder hoffen kann, wird Dr. Kaas dem Reichspräsidenten nur zusammenfassend sagen können, daß für eine parlamentarische Mehrheitsbildung keine Aussicht besteht. Daß solche Berichterstattung sich nicht nur im Negativen zu erschöpfen wird, wird Kaas vermutlich vorziehen, Hindenburg möge einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung eines Präsidialkabinetts betrauen.

Dabei wird Kaas sich nicht in subtile Betrachtungen darüber verlieren, welcher Unterschied zwischen einer parlamentarischen und einer Präsidial-Regierung besteht. Denn als Mann von politischer Praxis weiß er, daß die Zusammenfassung eines Kabinetts abhängig ist von der Machtverteilung, die Regierung gegenüber dem Reichspräsidenten das Recht, den Kanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister zu ernennen; sie gibt den Reichspräsidenten die Macht, einen Reichspräsidenten ernannte Regierung durch ein Misstrauensvotum zum Rücktritt zu zwingen. Kein Zweifel der Verfassung liegt vor, daß der Reichspräsident den Kanzler und dessen Mitarbeiter der Abgeordnetenliste des Reichstages entnehmen muß. Vergleichen kann durch lange Übung zu einem nicht mehr zu befehlenden Gewohnheitsrecht werden. Aber das Kennzeichen des parlamentarischen Kabinetts in Deutschland ist nicht, daß es der regierende Ausschuss der zu einer Mehrheit zusammengeschlossenen Parteien wäre, sondern daß es von der tragenden parlamentarischen Koalition präferiert wird. Auch ein Misstrauenskabinett ist ein parlamentarisches Kabinett, solange es von einer Mehrheit toleriert wird. Reichspräsident Ebert hat sich zweimal den Kanzler außerhalb des Parlaments gesucht und gewählt. Über darum war weder die Regierung Luther noch das Kabinett Cuno ein Präsidialkabinett im Sinne des neu geschaffenen Wortes. Ist eine gescheitene Reichstagsmehrheit vorhanden, so wird der Reichspräsident, unabhängig seines Ernennungsrechtes, auf die Wünsche dieser Mehrheit weitgehend Rücksicht nehmen. Je schwächer eine parlamentarische Reichstagsmehrheit wird, je mehr sich dadurch der Reichstag selbst auskühlt, um so stärker wird der Wille des Reichspräsidenten, der allmählich zum einzigen positiven Willen wird, sich auszuwirken. Aber immer wird der Reichspräsident, der sich als oberster Hüter der Verfassung betrachtet, wenn er einen offenen Konflikt mit dem Parlament nicht wünscht, auf eine möglichst weitgehende politische Neutralisierung der Reichsregierung bedacht sein, um dem Reichstag wenigstens eine Tolerierung zu erleichtern. Ein aus Reichsparlamentarismen zusammengesetztes Kabinett kann trotzdem „parlamentarisch“ sein, auch auf seinen Kopf antiparlamentarisch sein. Vermutlich es auch nicht, daß eine Mehrheit im Reichstage zu sichern, so braucht es darum noch keineswegs die Gegenkraft einer überwiegenen Mehrheit herauszufordern.

Derartige Überlegungen werden bei der Bildung der neuen Reichsregierung nicht nur theoretischen Wert haben. Sie mehr die Fraktionen sich aufschließen oder ausgeschaltet

werden, gewinnen die Personenfragen an Wichtigkeit. Wozu dürfte der Chef der neuen Reichsregierung ernannt, zuminde beauftragt werden. Es heißt, der Reichspräsident wolle wieder auf Herrn von Papen zurückgreifen. Es werden jetzt auch andere Namen genannt, so der des früheren Reichswehrministers Gessler.

Will man aus jeder Vorhergabe enthalten, auf wen die Wahl des Reichspräsidenten fallen wird. Aber auch in der Fall einer Wiederbetragung Papens sind bereits Veränderungen in der Kabinettsliste angekündigt. Schon werden die Deutschnationalen ihre Ansprüche an. Das ist eben. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Abhängigkeit eines angeblich überparteilichen Präsidial-

Heinrich Elzatz verhaftet

Der Kaufmann Heinrich Elzatz, der unmittelbar, bevor er im August dieses Jahres zur Verbüßung eines im Jahre 1928 verhängenen Gefängnisstrafs verurteilt wurde, geflüchtet war, ist nach monatelangen Ermittlungen heute mittig um 12 Uhr in Berlin festgenommen worden. In ganz Deutschland, in Frankfurt, Wien, ja in Kgypten war der Flüchtige gesucht worden — in Deutschland wohnte er unter falschem Namen wenige Häuser vom Reichsamt für Verfassungsschutz entfernt in der Turmstraße 40. Elzatz wurde ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

Heinrich Elzatz hat es, nachdem er wegen Betruges und Gefährdung zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, verstanden, sich der Verbüßung seiner Strafe jeweils dadurch zu entziehen, daß er gegen alle Zeugnisse, die gegen ihn ausgelegt waren, Mordverbrechen in Gang brachte. Im August endlich sollte Elzatz, zumal zwei neue Verurteilungen wegen Betruges gegen ihn angehängt waren, verhaftet werden. Zwei Tage vorher war Heinrich Elzatz aus seiner Wohnung in der Bleibtreustraße verschwunden.

Heinrich Elzatz dachte nicht daran, sich zu stellen. Er hatte sich nach seiner flüchtigen Flucht zunächst nach Paris gewandt. Ein Beamter des Berliner Polizeipräsidiums war ihm nachgegangen, da Stett war jedoch leer, als er zur Verhaftung fuhren wollte. In Weizsäcker wohnte Elzatz unter dem Namen Blumenfeld schon seit einiger Zeit im Hause Turmstraße 40 in Moskau. Er hatte sich seit seiner Flucht völlig verändert; er trug kurzgeschneittenen Haar, hatte sich einen Schnurrbart wachsen lassen und die Wille abgelegt. Heute mittig um 12 Uhr erschien Staatsanwaltschaftsamt Elzatz in Begleitung dreier Kriminalbeamten in der Wohnung. Der älteste Elzatz hatte selbst geflüchtet.

Kabinetts von einer politischen Partei schon bei der Entstehung wirksam würde. Es hat dem Kabinett Papen nicht genügt, sondern nur gefehlt, daß es für eine verkappte Regierung der Deutschnationalen angesehen werden mußte. Das Wort von der überparteilichkeit ist fast genug in Mißtraut gekommen. Ein Präsidialkabinett, wie Hindenburg es will, muß unparteilich sein, in jeder Hinsicht, sowohl im äußeren Auftreten wie bei der Beratung am grünen Tisch, vor und hinter den Kulissen. Es müßte aus Männern bestehen, die wegen ihrer unangewiesenen Unparteilichkeit Vertrauen erwerben können, Vertrauen, daß sie keine Ansprüche auf die Verfassung vorbereiten, Vertrauen, daß sie die Exekutivgewalt nicht mißbrauchen. Es wäre vorstellbar, daß ein solches Kabinett einen beachtlichen moralischen Rückhalt dadurch gewinnen könnte, daß es wenigstens von einer bedeutenden Minderheit des Reichstages toleriert wird, so daß es leichter über den gefährlichen Winter, den wir entgegengehen, hinwegtauchen könnte, auch wenn sich die Reichstagsauflösung als unausweichlich erweist.

Die „nationale“ Konzentration ist nicht zustande gekommen. Aber Männer, die sich Vertrauen zu erwerben vermögen, dienen als Rohstoff in Notzeiten eine Konzentration der passivsten und gemäßigten Elemente gegen die Diktatur. Ansprüche des Präsidialismus zuwege bringen.

Der Versuch, Hitler, wie man es nennt, zur Verantwortung heranzuziehen, ist wieder einmal gescheitert. Nicht das erste und voraussichtlich auch nicht das letzte Mal; denn der Versuch ist ebenso notwendig wie sein Mißlingen. Die Gedankengänge, die zu dem Angebot an Hitler führten, sind schlüssig, und sie werden noch lange ihre Geltung behalten: Es ist außerordentlich risikant und bedauerlich, vielleicht unmöglich, gegen eine Partei zu regieren, die ein Drittel der deutschen Wählerstimmen besitzt, und ihre Ansprüche mit solcher Beharrlichkeit verfolgt. Das Experiment wird niemals lebensfähig, wenn die Männer, die gegen die Nationalsozialisten regieren sollen, selbst nur über verhängnisvollen geringen Rückhalt in der Bevölkerung verfügen. Aber die sehr einflussreichen und ernsthaften Kreise, die für eine „Heranziehung“ der Nationalsozialisten eintreten und eintreten, haben eines übersehen: daß, wenn schon von einer Heranziehung gesprochen werden soll, Selbst und Objekt verankert werden muß. Die Nationalsozialisten zeigen keine Neigung, sich an den Staat heranziehen zu lassen, sie tun vielmehr alles, was sie können, um den Staat an sich heranzuziehen.

Damit bleiben sie nur konsequent. Die Kreise, die sich Hitlers Reaktion eintreten, stellen sich vor, es könnte unter dem Nationalsozialismus mit nationalsozialistischer Führung alles so gemächlich weitergehen wie bisher, vielleicht allenfalls in etwas freierem Stille. In einem Staat, das seit einigen Wochen geradezu stummförmig in der Protection der Hitlerpartei gefangen ist, konnte man sogar das naive Wort lesen, eine „Reinigung“ Hitlers unter dem Signum der „nationalsozialistischen Konzentration“ würde keine Revolution, sondern nur einen „Regierungswechsel“ bedeuten. Man kann den Nationalsozialismus nicht gründlicher verlernen. Er ist bis heute nicht nur nach den Buchstaben seines Programms und seiner Rundgebungen, sondern seinem wirklichen Willen nach eine revolutionäre Bewegung geblieben. Er hat in immer neuen Wendungen und Anlagen verstanden, daß er das bürgerlich-kapitalistische System, nach dem heute Deutschland regiert wird, nicht anerkennen und seinen Fall nicht hinnehmen werde. Er behauptet die Wirtschaftsmacht von heute, die Wirtschaftsmacht von heute, die soziale Ordnung von heute. Er hat an dem, was, ist, kein gutes Wort gelassen; er hat sich verneinend, ein „Drittes Reich“ aufzurufen, das mit dem heutigen „Drittes Reich“ nichts gemein haben sollte. Er hat vor allem immer und immer wieder jedes Verbot und Bannwort aus in Fragen zweiten Ranges verbannt, nicht nur, weil man es nicht gewöhnliche Fragen keine Kompromisse schließen kann, sondern weil das Verbot selbst selbst nach Aufhebel und Gehorsam eingestellten Weisen widersteht.

Eine Bewegung, die so grundsätzlich auf „Ausgleichslosigkeit“ gestellt ist — um das Wort des Staatsrechtlers Meßner in einem letzten Schreiben an Hitler aufzunehmen — kann die Macht nicht mit anderen teilen, selbst wenn ihre Führer es wollen. Hitler selbst hat ja anscheinend in seinen ersten Unterredungen mit Hindenburg die Bildung eines Mehrheitskabinetts unter seiner Führung nicht nur für möglich sondern auch für gar nicht ferner erreichbar gehalten, aber er hat dann doch aufpassen müssen, was ihm die Diktatur der Bewegung bedeutet hat. In der Gegenwart ist es, obwohl er es war, der sie ins Leben rief. Heute er selbst nach dem ersten Schritt vom Wege ab den zweiten gehen und die Führung mit den Parteien aufnehmen, so wäre das Ergebnis das gleiche geblieben. Eine Bewegung von der Art des Nationalsozialismus kann die Opfer nicht bringen, die zur Zusammenarbeit mit anderen noch dazu so weisenscheitlichen Gruppen notwendig sind.

Hitler ist sich und seinen Jüngern ebenfalls darin treu geblieben, daß er in allen Regierungsverhandlungen die ganze und ungeheilte Wunde verlangt hat. Selbst die Innere ihm zur Gefahr werden: denn wenn eine autoritäre Regierung auch keine Konzentration an andere Parteien zu machen hat, so muß sie sich doch den Parteien gegen die Wirklichkeit fügen, die mit den programmatischen Wünschen der Agitationszeit wenig Ähnlichkeit haben. Aber ein Diktator, dem der Staatsapparat uneingeschränkt zur Verfügung steht, braucht sich nicht mehr um die Zustimmung derer zu kümmern, die ihm zur Macht verhelfen. Als Kanzler einer Koalitionsregierung hätte Hitler dagegen aus den Teil seines Programms modifizieren müssen, der an sich vielleicht durchführbar gewesen, von seinen Koalitions-

Der Besiegte des 24. November

Hindenburgs Entscheidung im Berliner Presse-Echo

freunden aber abgelehnt worden wäre — und dies mit der Aussicht, sich eventuell nach einigen Monaten wieder zur Wahl stellen zu müssen.

Der Nationalsozialismus hat bisher nur eine große Konzeption in die Wirklichkeit gemacht: Er ist, wenn auch mit Einschränkungen und Rückfällen, „legal“ geworden. Hitler hat sich unter dem Schutz des Weimarer-Bundes von 1933 entschlössen, auf die gewaltsame Eroberung der Macht zu verzichten, weil ihm die Aussagen der Münchener Ansbürgerpolizei bei der Gelbhernehalbe sehr eindrucksvoll die Erkenntnis bekräftigt hatten, daß ein revolutionärer Sturm gegen die bemessene Macht in auch nur leidlich normalen Zeiten niemals glücken kann. So machte er aus der „Bewegung“, die seinen ursprünglichen Absichten nach nur eine geloselte Gruppe von höchstens 800 000 Mann fassen sollte, eine Partei, die Wirklichkeitsfaktor und parlamentarische Taktik trieb, wie nur irgend eine. Gewiß bestand zwischen dem revolutionären Inhalt und der parlamentarischen Form des Kampfes ein Widerspruch, der nur ausgeglichen werden konnte, wenn es gelang, die unentbehrlichen 51 Prozent der Stimmen zu erobern; aber die Entzweiung hat ja geleistet, daß sie aufzulösen seit der innere Widerspruch eher eine Garantie als ein Hindernis des Erfolges sein konnte. Hitler ist immerhin dem Punkte sehr nahe gekommen, an dem das Weimarer Verfassungsgesetz wieder, daß ein revolutionäres Werk auf legale Weise geschehen könnte.

Das Defensivkonzept war für den Nationalsozialismus immer nur ein taktisches Mittel, um ihm Ruhe vor dem Staatsanwaltschaft zu sichern. Es bedeutete nie einen inneren Wandel, und dadurch unterschied sich die Geschichte des Nationalsozialismus sehr und für alle übersehbar Zukunft von dem Schicksal einer Partei, die gleich im revolutionären Programm mit evolutionären Methoden vorgehen wollte, die Deutsche Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat, als sie 1918 vor der Alternative stand, ob sie ihre sozialistische oder ihre demokratische Defensivkonzeption vorzuziehen wollte, die Demokratie gewählt. Sie hat sich dem bürgerlichen Staat, den sie vorfand, eingeordnet, ohne ihn wesentlich zu verändern, und hat sich ihm denn auch innerlich anpassen müssen. Sie ist kleinbürgerlich und hat konservative Tendenzen. Wieviel hat gerade das Beispiel der Sozialdemokratie die Nationalsozialisten gelehrt. Nebenfalls haben sie vor die Wahl zwischen geteilter Macht und halber Macht gestellt, sich für den Verzicht entschieden.

So innerlich begründet die Entscheidung ist, so verständig ist auf der anderen Seite die Illusion der der gemäßigten Reaktion, daß es doch noch einmal gelingen werde, mit den Nationalsozialisten zu einer erblichen Gemeinschaft unter Gleichberechtigung beider Partner zu kommen. Wie Verhältnisse sich ändern, ist eben notwendig, wie auf der linken Seite der Wunsch der Sozialdemokratie, den Kampf mit den Kommunisten zu beenden, den sie für einen Bruchversuch halten, ohne daß er es ist. Gerade weil die weniger radikalen Parteien gewohnt sind, die grundsätzlichen Auseinandersetzungen hinter die praktische Arbeit zurückzulegen, können sie die prinzipielle und unvermeidliche Ablehnung nicht begreifen, die ihnen von den radikalen Gruppen zuteil wird.

Die lassen sich durch keine Willensbetriebe und widerholten ihre Angebote immer wieder mit immer dem gleichen Ergebnis. Auch Weingarten'sche Schreiben an Hitler, in dem er sagte, daß die Züge des Reichspräsidenten jederzeit für Hitler offen stünden, und er die Hoffnung nicht aufgab, „daß es mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufzubauen, Kräfte der Nation zu gewinnen“ — auch dieses Schreiben zeigt von den tragischen und unvermeidlichen Mißverständnissen. Auf jeden, der außerhalb steht, muß es tiefen Eindruck machen, wenn der alte Feldmarschall dem Gegner trotz der Gegenfälle, die sich zwischen ihnen aufgetan haben, die Hand hinreckt. Aber Hitler, dem die richtige Geste geht, hat nur abweisend und groß geantwortet.

Für die deutsche Politik der nächsten Zeit ergibt sich aus diesen Erkenntnissen ein furchtbar schweres Entweder-Oder. Entweder müssen die Nationalsozialisten allein die Führung übernehmen oder man muß gehen. Es regiert keine bequemere Möglichkeit, und es gibt, solange der Reichspräsident lebt, der eine Parteibildung niemals zulassen wird, überhaupt nur eine: die Regierung ohne die Nationalsozialisten, d. h. Kampf auf Tod und Leben gegen sie. Welche Bedeutung diese unabweisbare Notwendigkeit für die deutsche Politik bedeutet, werden ungeschwächte Überlegungen sie an die Persönlichkeit stellt, der der Reichspräsident die Führung in diesem Kampf überläßt, das braucht man niemandem mehr zu sagen.

Wie baut man Minenwerfer?

Der „Angriff“ widmete gestern seine Leitartikelspalte dem interessanten Thema „Vollkommene Minenwerfer in besonnenem Aufbau“. Natürlich handelte es sich nicht um einen nationalsozialistischen Dilemma, sondern nur um die Entzweiung kommunalistischer Bürgerkriegsplan. In der kommunalistischen Weltanschauung der Führer der „Nationalsozialistischen Bauernbewegung“ Minenwerfer wiedergegeben worden, wobei hervorgehoben wurde, daß diese neuen Konstruktionen im hohen Maß für den besonnenen Aufbau geeignet seien und in jedem Zustand auch leicht aufbewahrt werden können. Der „Angriff“ hält den Konstruktionsplan innerlich für so wichtig, daß er ihn aus dem kommunalistischen Bereich hervorrufen, um ihn fast im Wortlaut seinen Lesern vorzulegen. Der „Angriff“ will zeigen, daß sich wirklich auch unter einem Minenwerfer einige Dämonen befinden, die alles ausprobieren müssen?

Progers Abschied von Hindenburg

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Ende des Monats in den Ausnahmestunden höchsten Gefühls und stimmungsvollen Abschied von Hindenburg.

Es gibt in dem Notentwurf zwischen Reichsregierung und Reichswehr zwar einen Befehligen, aber keinen Sieger. Dies zeigen in voller Deutlichkeit die Kommentare der Berliner Presse zu dem historischen Briefwechsel. Mit Ausnahme natürlich der nationalsozialistischen Presse ist der Einbruch allgemein, daß Hitler seine Niederlage durch die zwiespältige Taktik selbst herbeigeführt hat. Aber die Befürchtungen über die weitere Entwicklung sind doch so groß, um selbst bei den Befürwortern eines reinen Präsidial-Rabbinats Genehmigung über das Ergebnis der Verhandlungen aufkommen zu lassen.

Der deflationäre „Tag“ stellt seine Kritik vor allem auf die Person Hitlers ab, der durch seine Forderung auf Fügung der Regierung die nationale Konzentration veränderlich habe. Aber eine Kritik zur Regierung Papen ist offensichtlich auch Jugenberufend. „Wir hoffen“, heißt es im „Tag“, „daß die kommende Präsidial-Regierung eine glückliche Hand hat, um ihr soziales Vollen und ihre soziale Verantwortung mit den Millionen der ärmsten Rotlärger der deutschen Wirtschaftskrise den breiten Massen des Volkes verständlich zu machen.“ Auch der „Köln-Anzeiger“ fordert eine Umbildung der bisherigen Reichsregierung, wobei nur nicht ersichtlich ist, ob dies ein Ausweis der bisher den deflationären Konzentrationen abgeneigten Minister gemeint ist oder eine Verbreiterung der parlamentarischen Basis angeht werden soll.

Im „Angriff“ schwärmt der Ton zwischen Verlegenheit und Drohung. Das nationalsozialistische Organ gibt wohl zu verstehen, daß Hitler am 13. August unglücklich operiert hat und liegt in der Bereitschaft, das Defensivkonzept vor allem eine Rechtfertigung des „Führers“ vor seinen Anhängern.

Neuer Studentennadman in Breslau

Schließung der Universität für das ganze Semester?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 25. NOVEMBER

In der Breslauer Universität, wo Professor Ernst Cohn heute vorzeitig seine Vorlesungen wieder aufnahm, kam es erneut zu heftigen Zusammenstößen. Die Universität wurde vorzeitig geschlossen. Rektor und Senat werden darüber beraten, ob eine Schließung der Universität für das ganze Wintersemester erfolgen soll.

Die Vorlesung von Professor Cohn selbst verlief ohne Störungen. Sie war in der Kasse des juristischen Seminars verlegt worden. Es wurde eine strenge Kontrolle durchgeführt. Die nationalsozialistischen Studenten verhielten sich immer wieder in den Korridoren Euphorisch zu verhalten und wieder aufzukommen, doch konnten die Bedelle bis gegen Mittag für Ordnung sorgen.

Auch der Versuch, die Vorlesung von Professor Waldecker,

hängern. Dann geht der „Angriff“ dazu über, die angeführte scharfe Oppositionsstellung durch dunkle Andeutungen über die Zukunft zu unterbreiten. Hier haben beiseite gemerkt. Wir können uns nicht missgünstig machen an dem Verhältnis, das vereinbart worden droht. Unsere Bewegung muß rein und unversehrt erhalten bleiben, damit sie in voller Kraft und Stärke für kommende Entscheidungen eingebracht werden kann. Nach scharfer wird diese Note herausgearbeitet, wenn das Blatt dann spricht, daß das Kommando der Generalstab-Gruppe wirklich schneller als wir alle selbst durch einen grauenhaften Ausgang geführt werden können.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird Kritik an der Formulierung des Auftrags für Hitler geleitet. Das Blatt wünscht die Verträge zu einer Einigung des nationalen Kampfes fortgesetzt zu sehen, denn „keine Regierung kann auf Isolationisten sitzen, kein Staat die freudige Mitarbeit der Bevölkerung entbehren“. Die „Germania“ wendet sich scharf gegen eine Wiederkehr der Regierung Papen. „Es gibt kein Zurück zu dem früheren Zustand. Ein Verzicht auf die demokratischen Prinzipien der Regierung in ihrer persönlichen Form, in ihren unglücklichen Methoden und in manchen ihrer heftig bekämpften Ziele würde das ganze Gegenteil einer politischen Entspannung bedeuten.“

Der „Vorwärts“ sieht in den Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Reichswehr eine Entlassung von Hitler in die Freiheit. Selbstverständlich wendet sich das Blatt auch gegen eine Wiederbekehrung Papens. „Papen bedeutet die Öffnung eines neuen Konflikts, dessen Ausgang unüberschaubar ist.“

der im Zusammenhang mit dem Fall Cohn vorläufig sein Amt als Dekan zur Verfügung gestellt hat, zu führen, wenn im Reine erlischt. Es sammeln sich aber dann gegen 3/4 Uhr mittags im Vorraum der Universität zahlreiche nationalsozialistische Studenten an, die die Befürchtung der C.S.-Deute erzielten. Der Rektor verließ die Universität, die Nationalsozialisten zur Ruhe zu bringen. Er mußte schließlich die Polizei herbeiführen lassen. Die Polizei räumte die Universität und griff auch auf der Straße energisch durch.

Professor Cohn wurde nach Beendigung seiner Vorlesung daran gehindert, die Universität zu verlassen. Er mußte mehrere Stunden abwarten, bis die Polizei die Ruhe wieder so weit hergestellt hatte, daß er, ohne tätliche Angriffe befürchten zu müssen, den Heimweg antreten konnte.

In den heißen Morgenstunden waren gegen die Wohnung von Professor Cohn mehrere Feuerzettel geworfen worden. Die Stimmung in Breslau ist außerordentlich erregt.

Reichstag einberufen

Auf den 6. Dezember

Reichspräsident Hindenburg hat den neuen Reichstag für Dienstag, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, zu einer ersten Sitzung einberufen. In dieser Sitzung wird die nationalsozialistische Abgeordnete General a. D. Bismarck als Alterspräsident fungieren. Er hat in der gleichen Sitzung vor einigen Monaten den Reichstag einberufen.

Bracht darf nicht

Der Gefäßschonungsausschuß des Reichstages hat heute den von dem Reichspräsidenten Reichspräsident Dr. Brücker beantragte Genehmigung zur Durchführung eines Dienstschonungsverfahrens gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Hans Bracht abgelehnt. Der Begründung, daß nur das Staatsministerium einen solchen Erlaß an den Reichstag richten könne.

Hansmann, der die Anfang dieses Jahres Bracht in Kottbusen war, wird vorgeworfen, daß er sich in ehrenrühriger Weise über die deutschen Frontkämpfer geäußert haben soll. Er ist in der letzten Sitzung des Reichstages in der Diskussion gefehlt worden, jedoch nicht wegen dieses Vorwurfs, sondern weil zwischen Hansmann und dem Reichsausschuß starke Gegensätze auftraten waren.

Landtags-Votum gegen Kerl

Der Preussische Landtag hat sich in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf des Reichspräsidenten Reichspräsident Dr. Brücker gegen seine Ausweisung durch den Reichspräsidenten Kerl an der Sitzung des Landtags im September dieses Jahres mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten angeschlossen. Die Abstimmung hatte eine besondere Note dadurch, daß Reichspräsident Kerl im Gegensatz zu dem üblichen Brauche den Vorschlag nicht führte. Auf diese Weise nahm er persönlich ein Mitspracherecht am Landtag entgegen, von dem sich nur seine eigenen Parteimitglieder ausgeschlossen hatten. Dr. Brücker Kerl allerdings aus der Abstimmung letztendlich Konsequenzen ziehen wird, ist zweifelhaft.

Notizen zur Außenpolitik

Fragezeichen im Südoften

Zeigt sich nun doch ein neuer „Wind“ Italien-Engländer-Österreich am Horizont? Ich nein. Der „Bester Vlog“ will zwar ganz genau wissen, daß zwischen Wien, Rom, Moskau und Petersburg eine Verständigung getroffen ist, daß die Differenz zwischen dem österreichischen Import aus Ungarn und der wesentlich geringeren Ausfuhr dortselbst künftig durch italienische Bestellungen der österreichischen Firmen wettgemacht werden soll. Können wir das begreifen, ob der „Bester Vlog“ recht hat, wobei anmerken ist, daß bereits ein sehr deutliches, wohl offensichtlich inkonistentes Dementi der „Wiener „Reichspost“ vorliegt des Inhalts, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Wien und Budapest bezögen sich lediglich auf die beiden Donauländer und hätten mit Politik nichts zu tun. Es wird sich ja bald zeigen, wer hier recht hat.

Aber selbst wenn die Behauptungen des ungarischen Blattes zutreffen, wenn also tatsächlich eine Art von Wirtschaftsbindnis zwischen drei Staaten mit sich ergänzenden wirtschaftlichen Interessen zustande kam, dann kann nicht von einem neuen „Wind“ sprechen, — selbst wenn solche wirtschaftliche Bindungen nabegelegene Staaten auf politische Gebiete haben auswirken können. Aber der „Bester Vlog“ sieht als ein Ergebnis von seinem Standpunkt aus, daß der „Gehüllprozeß“ nach allen vier Himmelsrichtungen weisen? Das kann aber der europäischen Lage der beteiligten Länder nicht den Sinn und die Selbstheit sein, und man soll sich hüten, immer gleich Wirtschaftsbeziehungen oder gar Angriffsbemühungen zu sehen, wenn irgendwo ein vernünftiger Wirtschaftsausgleich gesucht wird.

Vielleicht könnten die Beziehungen im Südoften (natürlich immer vorausgesetzt, daß der „Bester Vlog“ nicht nur phantasiert hat) sogar ein begrüßenswerter Anlaß sein. Wenn Österreich dabei profitiert, wollen wir aufpassen und nicht gleich die Hände über dem Kopf vereinen, das ist ein sehr leichtes, der aber bedenklicher Bruchteil unter die Feme greift. Denn Deutschlands materielle Möglichkeiten dazu sind gar zu schmal. Aber wir sind überzeugt, daß auch die Regierung Dörflich sich keine Kombination erlaubt, die den wettbewerbsfähigen Anbau von Weizen als ein wirtschaftliches Anknüpfen an Wien an ihrer Budapest nicht nur keine starke Mobilisierung bedeuten, sondern nicht sogar zum Kern werden, der mit mächtiger Kraft andere Partner zur Wirtschaftssolidität heranzieht? Doch immer hat in Wien fruchtbarer Entwicklungen das Fragezeichen die größte Rolle gespielt.

Wahlkampf mit Gewissenskonflikt

Übermorgen wählt Belgien Kammer und Senat, die vorzeitig aufgelöst wurden, weil die Gemeindevorstände einen fröhlichen Umhang brauchen. Aus Deutsche interessiert bei den belgischen Wahlen besonders die Haltung der Bewohner von Eupen und Malmedy, die der Nationalität der Reichsminister von Versailles zu begehenden Bürgern waren. Auch der gegenwärtige Wahlkampf hat die Deutschen drüber auf den Plan gerufen, und in einem Appell, der den hohen Titel trägt: „Dem Siege entgegen!“ fordern ihre Führer mutiges Eintreten für die Sache der Heimat.

Leider ist ihnen vor einigen Tagen eine Schwierigkeit entstanden, die vielleicht auf das Wahlereignis betrübend wirken könnte. Der Vorschlag, den Vorschlag hat nämlich von allen Parteien das Verbot für alle gläubigen Katholiken verstanden lassen, eine andere Partei als die Katholische Union zu wählen oder gar öffentlich zu unterstützen. Dieses Eingreifen im Interesse der nationalitätlichen und deutschfeindlichen Union muß die autonomistische Christliche Volkspartei schwer treffen, in deren Rahmen die deutschen Katholiken für ihre Rechte kämpfen. Der Vorschlag hat hier zweifellos einen Druck der kaiserlichen Regierung nachgegeben und damit die Katholiken Gewissenskonflikte, die ganz überwiegend im Lager der Christlichen Volkspartei stehen, in unnützer Gewissenskonflikte gebracht. Wenn Völski schon zu solchen Mitteln greift, um das wiederum zu erwartende klare Wort der deutschen Bevölkerung zu beeinflussen, wird der aufrechte Sinn unserer vom Reiche getrennten Brüder wohl noch allerlei Belastungsproben zu bestehen haben...

Hoffen wir, daß Kardinal Pacelli ein Telegramm günstig aufnimmt, in dem der Vorstand der Christlichen Volkspartei die Rücknahme des bischöflichen Schreibens erbittet, das als unzulässiger Eingriff in die Gewissensfreiheit der deutschen Katholiken bezeichnet wird. Wahlkampf mit Gewissenskonflikten ist selbst für selbstgewohnte Grenzlanddeutsche also gar zu viel.

Flieger wollten fliehen

An der polnisch-polnischen Grenze wurde ein russisches Militärflugzeug von russischen Grenzschutzern abgefangen. Zwei Flieger sprangen im letzten Augenblick ab, obwohl die russischen Grenzschutzern die Flieger gefangen hatten, in Gefangenschaft. Es wurden unmittelbar nach der Landung verhaftet. Angeblich wollten die beiden Militärflieger versuchen, mit ihrem Apparat auf polnische oder lettische Gebiete zu entfliehen.

Auch Lehrerbau in England

Der vom Schatzkanzler Neville Chamberlain im Juli eingeleitete Ausverkauf für Einparungen in den englischen Kommunalverwaltungen hat seinen Fortschritt vorgelegt und empfiehlt Einparungen im Betrage von rund 40 Millionen Pfund. Das Sparprogramm soll durch Einparungen auf dem Gebiet der Erziehung (Wohnung von 8000 Schülern, des Lehrers, der Schulen und öffentlichen Wohngebäude) der Einparungen der Sozialdienstleistungen der Stadterverwaltungen erzielt werden.

Churchills „weiße Antwort“

Österevision ist Bedingung der Abrüstung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 25. NOVEMBER

Eine Rede Winston Churchills im Unterhaus verdient festgehalten zu werden. Gewiß, Churchill ist nicht Mitglied dieses Parlaments der „nationalen Kongregation“. Man kann ihn, der heute zur konservativen Regierungspartei gehört, aber dessen heutige Worte auf dem Bankett seines früheren Partei- und Regierungschefs Lloyd George für Eingeweihte längt kein Geheimnis mehr sind, sogar mit einigen anderen zu einer Opposition rechnen, die dem Kabinett MacDonald-Baldwin unannehmlich ist als die „auf den gegenüberliegenden Banken“. Aber wenn Churchill auch für die Regierung nicht sprechen kann, so ist er doch aus der Ration nicht ausgeschlossen und vor allem als Zeitungsredakteur eine sehr typische Berührung dieser Ration.

Es ist gewiß erfreulich, daß die auf Disposition begünstigten Worte Churchills auf allen Seiten des Hauses lebhaften Beifall auslöste. Aber Zaten müssen von der Regierung kommen, und diese Regierung ist nun einmal darauf festgelegt, das Abrüstungsproblem in Europa als das wichtigste zu betrachten und seine Lösung zu erlangen. Vorher ist also nicht die geringe Aussicht vorhanden, daß das englische Kabinett, wie es Churchill verlangte, den Prozess mehr und erst die territorialen Probleme anpaßt und dann das Abrüstungs- bzw. Abrüstungsproblem.

Aber die theoretische Logik ist auf Churchills Seite und verdient mindestens die gleiche Aufmerksamkeit, wie die Revisionsforderung, die er erhob. Solange die in den Friedensverträgen enthaltenen Bestimmungen, die letzten Kriegsausgleich nicht befestigt sind, made, sagte Churchill, jede Veränderung in den Abrüstungsverhältnissen europäischer Staaten diese letzte Gefahr sofort zu einer neuen. Für den absoluten Friedensaufbau als Gegenpol zu einem europäischen Krieg ist also die pax gallica, die heute noch den Kontinent beherrscht, jeder Verfestigung der militärischen Kräfte vorzuziehen. Er begründete diese Ansicht mit einem Zitat aus der Rede Lord Cecilis in der Alliertheit:

Kriegsschulden-Erregung

Die Frage, ob die am 15. Dezember fälligen Kriegsschulden-Raten an Amerika tatsächlich noch gezahlt werden müssen, bildet in den politischen Kreisen von Washington, London, Paris und Rom das Tagesgespräch. Aus allen Hauptstädten werden Versicherungen von Parlamentariern und Ministern oder Finanzgelehrten über die Folgen einer Kriegsschulden-Zahlung berichtet. Am heftigsten und heftigsten wehrt man sich in Frankreich gegen die Zahlung, aber auch in London und Rom macht man die schärfsten Bedenken geltend.

Während die europäischen Presse übereinstimmend annimmt, daß die Raten wohl schließlich nur auf Sperrgebühren berechnigt werden müssen, soll — nach einer Meldung der Telegraphen-Union — auf dem Bankett Woodbys des amerikanischen Außenministers Stimson, eine geheime Besprechung mit den Vorkämpfern Englands und Frankreichs stattgefunden haben, in der Flandin und Churchill die Wiltzungen machten, daß ihre Regierungen die Dezember-Rate der Kriegsschulden bezahlen würden. Ein Zahlungsversprechen der italienischen Regierung liegt bereits seit einigen Tagen vor, während Estlands, Letlands und Polens Zahlungen durch frühere Vereinbarungen gesichert wurden. Zur Orientierung hat festgestellt, daß es, falls die amerikanische Regierung auf Zahlung bestände, keine Zahlungsunfähigkeit erklären müßte.

Flandin „Nebenberuf“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 25. NOVEMBER

In der vergangenen Nacht um 4 Uhr hat die Kammer die große Interpellationsdebatte über den Stand in der französischen Wirtschaft mit einem Zwischenruf von 485 gegen 18 Stimmen für die Regierung abgeschlossen.

Der Stand bei der Aero postale war von dem Aufsichtsratsmitglied Voinet in der Nachmittagsdebatte der Kammer erörtert worden. Voinet hatte betont, daß der Stand bei der Hauptkasse auf dem „Hofen Witten“ des Bankiers Bouilliez-Bas (sic) beruht, der die Hilfe zahlreicher politischer Dokumente (sic) bewahrt, die man zu verwerfen habe, um die Verhaftung über die konterreine Wirtschaft sich zu retten.

In der Nachmittagsdebatte dann der sozialistische Abgeordnete Pichon und sein Kollege Renaudel in der schärfsten Form den ehemaligen Finanzminister Tardieu und Louis Flandin an, der noch als Finanzminister als Rechtsberater für Bouilliez-Bas und die konterreine Flügelschiffahrt Aero postale tätig gewesen sei und als solcher eine französisch-italienische Zusammenarbeit hintertrieben habe. Flandin wehrte sich kräftig und energisch. Er gab ohne weiteres zu, daß er in der Tat für Bouilliez-Bas und die Aero postale als Rechtsberater gewesen sei, daß er aber kein Mitglied der Regierung sei. Er erklärte, daß er die Regierung nicht unterstütze, daß er jede politische Diskussion zu einem persönlichen Standal emiedrigen müßte. Die sozialistischen Angriffe

Frankreich ist eine bis an die Zähne bewaffnete, im tiefsten Grade friedfertige Nation.“ Und auch Frankreichs kleine Grenzen würden dann einen Krieg heraufbeschwören wollen, der ihre eben erst erhaltene Selbständigkeit und territoriale Ausdehnung von neuem aufs Spiel legt. Und dann beschrieb Churchill nicht ohne Verdrüßnis für „ihre patriotischen Motive“, die Kolonnen prozedurloser junger Menschen in Deutschland, in deren Augen das Feuer des Verlangens glühe, sich für ihr Vaterland zu opfern.“ Er sei überzeugt, daß das Kabinett MacDonalds begreife die Bedeutung nicht nur, daß man in Berlin sich nur nach der Denuktion schme, seine Abrüstungsbereitschaft auch praktisch anerkannt zu sehen.

Für den Frieden Europas sei es höher wertvoll, daß über die Abrüstung zu beraten, das einseitige Machtverhältnis, wie es die Friedensverträge erzwingen, so richtig noch zu erhalten und, während es noch bestünde, den billigen Revisionsforderungen der im Weltkrieg unterlegenen Länder stattzugeben. Und unter lauten Beifall formulierte er diese europäische Politik dahin, die Beilegung der gegenseitigen Meinungsverschiedenheiten müsse der Entwurf der Sieger vorausgehen.

Erfahrungswelt vor der Beifall, den Churchill erhielt, als er das Lob, das er als einziger Engländer in all diesen Wochen der Simon-Stote an Deutschland spendete, damit begründete, daß er es als eine „notwendige und weiße Antwort“ auf die Reden General Seeligers bezeichne, eines der mächtigsten Männer des heutigen Deutschlands.“ Auch aus diesem Beifall sollte man in Berlin etwas herausheben, die politische Realität nämlich, daß es über die Entfernung der „Wiltzigen“ deutscher Forderungen außer einer Beilegung nach eine europäische Meinung gibt und daß im Zeitalter des Weltfriedens und des Abscheus vor Kriegen das Wohl der größten Gemeinschaft auch dem Recht des Einzelstaates gewisse Grenzen setzt. Wenn der Ruf nach Gleichheit der Wiltzigen die Siegerstaaten auf den Weg führt, den Churchill gesagt hat und den Teil der englischen Presse laut begrüßt, so wird der Ruf nach Waffen dem Frieden Europas schließlich noch gedient haben.

richteten sich dabei in der Hauptfrage gegen seine Person, fuhr Flandin fort, denn „man weiß, daß ich entschlossen bin, gegen die Diktatur der Vinten zu kämpfen und sogar mit der radikalen Partei zusammenzuarbeiten“.

Mächte-Konferenz in Sicht

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 25. NOVEMBER

Sie sind auf Grund der gestern Abend sich ankündigenden Wendung in der Abrüstungsfrage, die wir verzeichnet haben, nämlich die optimistischen Gerüchte in Zürich gesetzt worden, und ein hiesiges, im allgemeinen gut unterrichtetes Warenblatt will sogar wissen, daß eine Abrüstungsbesprechung der Belgierischen Englands, Frankreichs, Italiens, der beteiligten Staaten und Deutschlands bereits auf den 1. Dezember anberaumt worden wäre.

Von einer solchen Festlegung ist noch unferne Entwürfen einfließen und nicht die Rede. Aber es ist mit der Wahrscheinlichkeit einer Besprechung in größerem Rahmen für Ende nächster oder Anfang übernächster Woche in der Tat zu rechnen.

Die an den heutigen Vormittagsbesuch des deutschen Außenministers, Freiherrn von Neurath, der Sir John Simon ein geknüpften Gerüchte fast freilich blüht, daß dieser Besuch ausschließlich der Danziger Frage galt, in der Sir John Simon heute nachmittag vor dem Rat als Bericht-erstatler fungiert.

Nichtangriffspakt durch Verordnung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Warschau, 25. NOVEMBER

Die Ratifizierung des russisch-polnischen Nichtangriffspakts soll von Warschau aus, wie jetzt angekündigt wird, nicht durch das polnische Parlament, sondern nur durch eine Verordnung des Staatspräsidenten erfolgen. Die polnischen Oppositionsparteien alle Wiltzungen protestieren sich dem Nichtangriffspakt offenbar feindselig entgegen, daß die Politik des polnisch-russischen Gegenstands eine wesentliche Annäherung an Obanzen der nationalitätlichen Rechten und ein Abweichen von der ursprünglichen Linie Wiltzki bringt.

Mieten von 180 Berliner Häusern ins Ausland verschoben

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich — Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN & CO., BERLIN

Fortsetzung folgt

Noten fließen zurück

Aktive Devisenbilanz der Reichsbank

Die Reichsbank konnte in den letzten Novemberwochen den Verlust an Deckungsmitteln, der dem Notendruck in Zusammenhang mit der Rückzahlung des Reichs auf den Leo Higginson-Kredit entstanden war, fast zur Hälfte wieder wettmachen. Aus einem Devisenzugang von 104 und einem Goldabgang von 65 errechnet sich der Saldo ein Deckungsgewinn in Höhe von 3,9 Mill. RM, der, vereint mit dem starken Notenerückfluß, die Besserung der gestrichelten Deckungssumme um ein volles Prozent auf 25,2 bewirkte.

Aktiva	(in 1000 RM)	23. Novbr.	Veränderung gegen Vorwoche
Geldbestand		818 610	- 6 942
und zwar Goldkassenbestand	700 679		
Goldnoten (unbelastet) bei ausländischen Zentralnotenbanken	87 531		
Deckungsfähige Devisen		114 908	+ 10 372
Reichsschatzwechsel		6 620	- 25 620
Sonstige Wechsel und Schecks		2 620 327	- 21 069
Deutsche Reichsbanknoten		303 997	+ 61 009
Noten anderer Banken		16 011	+ 9 301
Lombardforderungen		394 320	+ 3 301
Effekten		779 593	+ 12 642
Sonstige Aktiva			
Passiva <th>(in 1000 RM)</th> <th></th> <th>Veränderung</th>	(in 1000 RM)		Veränderung
Grundkapital	100 000	unverändert	
Gesetzlicher Reservefonds	69 284	unverändert	
Spezialreservefonds	317 937	unverändert	
Umlaufende Noten	3 306 261	unverändert	
Tägliche fällige Verbindlichkeiten	129 083	+ 1 073	
Sonstige Verbindlichkeiten	745 826	- 2 639	

Das zweite charakteristische Merkmal des Wochenabschlusses neben der erfolgreichen Entwicklung der Devisenbilanz war die auffällige starke Entlastung der Notenbank, die in einem Rückgang der Wechselkonten um 122 und des Lombard-Kontos um 9 Mill. zum Ausdruck kommt. Außerdem konnten die öffentlichen Kassen infolge massierter Einzahlungen in der Höhe von 1,2 Mill. den Notendruck auffüllen, so daß das Gesamtkonto trotz kleinerer Abdispositionen von Seiten der Privaten eine Erhöhung um reichlich 71 Mill. RM aufweist.

Drei Punkte sind zu erwähnen, die die dritte Novemberwoche allein die ungewöhnliche hohe Entlastung von 203 Mill. RM. Seit Monatsbeginn sind damit insgesamt Kredite in Höhe von 513 Mill. RM in die Notenbank zurückgezahlt worden. Die Tendenz fortschreitender Entlastung, die seit August zu beobachten war, hat sich im November noch mehr in verstärktem Umfang fortgesetzt. Gehen doch die seit Monatsbeginn erfolgten Abdeckungen um nicht weniger als 156 Mill. RM über die letzte Umlaufbelastung hinaus! Das Wechselportofolien, das vor einem Jahr noch über 300 Mill. RM aufwies, hat sich durch zum ersten Male die 3-Milliarden-Grenze unterschritten.

Die starke Rückflußbewegung findet ihre einzige Begründung in der Rückkehr des Vertrauens zur Währung und zum Kreditssystem, da die konjunkturelle Lage der Wirtschaft sich zu einem Ausmaß als die Verschärfung der Depression hindrückt. Die Einfingene Entwicklung bei den Banken und besonders bei den Sparkassen im Oktober (vgl. in diesem Zusammenhang die Monatsbilanz) auf der Umsätze), die sich im November noch deutlicher akzentuierten dürfte, bestätigt die Ansicht, daß es sich in erster Linie um das Zurückfließen der Noten handelt. Das ist aus zwei Gründen höchst beachtlich und erfreulich: auf diese Weise geht nicht nur die Beanspruchung der Notenbank überhaupt zurück, sondern es lassen sich gleichzeitig die Zinsen für die Ausstattung des Wechselportofolien verringern, da der prozentuale Anteil der Finanzwechsel immer mehr zurückgeht.

Der gesamte Zahlungsumlauf laut erreichte am 23. November mit 5243 (Vormonat 5390, Vorjahr 6960) Mill. RM den bisher tiefsten Stand des Jahres. Im einzelnen sind in den vorigen Wochen neben 1075 Mill. Reichsbanknoten und 1075 Mill. Scheidemünzen 7 Mill. Rentenmark zum Notenbank geströmt, so daß sich der Umlauf an letzteren auf 389,2 Mill. RM ermäßigt, der Reichsbankbestand an diesen Scheinen hingegen um 37,8 Mill. erhöht hat. — Das Reich hat seinen ihm zur Verfügung stehenden Betriebskredit auch diesmal nicht beansprucht.

Verlängerung der preussischen Kassenkredite. Der Umschlag der am 30. Januar fälligen rund 130 Millionen RM Preussischen Kassenkredite ist nach dem Abschluß des Monatsflusses Gang genommen. Es liegen bereits für erhebliche Summen Umschlagsanträge vor. Das anhaltende Anlagebedürfnis hat außerdem bereits jetzt zahlreiche Veranlassungen gegeben, die Kassenkredite in Zusammenhang mit den Banken des „kleinen Preussischen-Konsortiums“ Verhandlungen über die laufenden Kassenkredite Preussens bei den in der ersten Hälfte des Jahres 1932 etwa 30 Millionen RM derartiger Kredite, die vor einem Jahre bewilligt wurden, fällig. Eine Rückzahlung kommt bei der gegenwärtigen Finanzlage nicht in Frage. Die Bank rechnet deshalb auf ein weiteres Selten.

13 Mill. Forderungen bei der Vomag. Wie mitgeteilt wird, sind in dem Konkurs der Vogtländischen Maschinenfabrik (vorm. J. C. u. H. Dietrich) AG, vorm. Vogtländische Maschinenfabrik, in der die Vermögensgegenstände des Konkursverwalters, der als Liquidator bestellt worden, und zwar 1,19 Mill. bevorrechtigte und 11,90 Mill. nichtbevorrechtigte Forderungen. Von den bevorrechtigten sind 967 Mill. RM Lohn- und Gehälter und 0,29 Mill. RM Steuerforderungen. Von den nichtbevorrechtigten sind 1,19 Mill. Steuerforderungen, die von der Konkursverwaltung befriedigt wurden, und 10,71 Mill. RM an anderen Forderungen. Von den nichtbevorrechtigten Forderungen sind ein Teil vorläufig gestrichen worden. Der Barbestand der Masse beträgt zur Zeit 0,25 Mill. RM, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Konkursverwaltung bereits erhebliche Zahlungen an die Gläubiger der bevorrechtigten Forderungen geleistet hat. Der endgültige Massebestand und damit die endgültige Quote lassen sich gegenwärtig noch nicht überschauen, werden aber zu einem großen Teil von der Auszahlung der Vomag-Betriebs-AG an die Anlagen der alten Vomag abhängen. Diese Option ist noch nicht ausgeübt, doch verlaufen die entsprechenden Verhandlungen befriedigend.

Handelstagspräsident Dr. Grund 60 Jahre. Dr. jur. und Dr.-Ing. e. H. Bernhard Grund, seit einem Jahr Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsstags,

Siemens im Siemens-Konzern

Zusammenfassung der medizinischen Interessen

Der Siemens-Konzern hat in einem wichtigen Teilgebiet seines Arbeitsprogramms, der in der elektrotechnischen Elektrotechnik eine Konzentration vorgenommen, deren Trägerin die Reingier, Gebert u. Schall AG, in Erlangen ist. Die Verwaltung teilt mit:

In einer Aufsichtsratsitzung der Reingier, Gebert u. Schall AG, Erlangen, wurde beschlossen, einen demnächst stattfindenden, so. GV, die die Bildung des Grundkapitals der Gesellschaft von bisher 6,5 um 3,5 auf 10 Mill. RM unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre vorzuschlagen. Die Kapitalerhöhung soll einer engeren Zusammenfassung von Fabrikation und Vertrieb auf medizinischen Gebiet dienen, um durch vereinfachte Organisation die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Dazu ist beabsichtigt, die Phoenix Röntgenstrahl-Fabrikation AG, Röntgenstadt, als selbständige Gesellschaft aufzulösen und ihr Vermögen auf die Reingier, Gebert u. Schall AG, Erlangen, zu übertragen. Ebenso soll die bisherige Vertriebsgesellschaft, die Siemens Reingier Veifa-Gesellschaft für medizinische Technik G. m. b. H., Berlin, als selbständige Gesellschaft aufgelöst und ihr Vermögen mit dem der Fabrikationsgesellschaft vereinigt werden. Außerdem übernimmt die Erlanger Werk die Fabrikation der bisher von der Siemens u. Halske AG, in Berlin-Siemensstadt hergestellten Röntgenapparate. Das Unternehmen in seiner neuen

Form soll den Namen Siemens Reingier-Werke AG. erhalten und dem Sitz in Berlin, wo auch die Vertriebszentrale verbleibt.

Die Reingier, Gebert u. Schall AG, die den Betriebsverlust des letzten Geschäftsjahres aus ihrem hohen Gewinnvortrag decken konnte, übernimmt also mit den 3,5 Mill. RM neuen Kapital, das sie sich durch Ausgabe junger Aktien verleiht, drei Objekte. Zunächst erwirbt sie im Wege der Fusion die Phoenix AG, die einzige Beteiligung, die im abgelaufenen Jahre einen Ertrag gebracht hat. Neue Mittel sind für diese Erwerbung nicht erforderlich, da sich das gesamte Phoenix-Kapital von 250 000 RM bereits in Händen der Erlanger Gesellschaft befindet. Auch von den 9 Mill. RM betragenden Grundkapital der Vertriebs-G. m. b. H. besitzt die Reingier Gebert u. Schall AG, schon einen wesentlichen Teil. Der Rest gehört Siemens u. Halske. Gegen Herabgabe seines Vertriebsanteils und gegen Abgabe der Berliner Röntgenfabrikation (des dritten Fusionsobjektes) dürfte die Siemens u. Halske AG, die sämtlichen jungen Aktien von Reingier, Gebert u. Schall übernehmen. Die Erlanger Gesellschaft besitzt übrigens außerdem noch das gesamte Aktienkapital von 680 000 RM der Veifa-Werke in Frankfurt, die schon seit 1927 nicht mehr selbständig fabriziert. Ihre übrigen Beteiligungen hat sie größtenteils an die befriedete Inag, ebenfalls eine Siemens-Gesellschaft, abgetreten.

Rekord-Tief des Pfundes

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 23. NOVEMBER

Die volle Reaktion der amerikanischen Antwortnote ist heute am Devisenmarkt zur Auswirkung gekommen, vermutlich deshalb, weil sich die Kursbildung am Donnerstag ohne Fühlerzug mit New York, das Bankrotfrage hatte, vollzog. Der Eröffnungskurs von 324½ in New York, bereits schwächer als der Vorabendsschluß, ist in sprunghafter Entwicklung bis zuletzt auf 3,2 gesunken, ein Kurs, der seit Aufgabe des Goldstandards noch nicht erreicht worden ist. (Der bisher tiefste Stand wurde am 7. Dezember 1931 mit 3,23 erreicht).

In der City kann man vielfach die Meinung hören, daß ein demartiger Pfundrückgang der englischen Regierung durchaus gelegen kommt, da nichts drastischer als die Pfundschwäche die Notwendigkeit für einen Zahlungsausschub demontriert. Es ist bekannt, daß die Pfundschwäche, die in einem Anzeichen der heimischen, sondern in einem Druck auf die

vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Dr. Grund, Mitinhaber der im Osten sehr bekannten Drogen- und Chemikalien-Großhandlung Bernhard Josef Grund, ist seit vier Jahren Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau. In den letzten Jahren trat er verschiedentlich mit dem Bemühen hervor, die deutschen polnischen Handelsbeziehungen zu verbessern. Mit auf seine Initiative ist die Gründung einer Deutsch-polnischen Handelskammer in Breslau zurückzuführen, deren Präsident er ebenfalls ist.

Umsatz-Rückgang hört auf

Oktober-Bericht des Textil-Einzelhandels

Nach den Erhebungen des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels im Oktober der Umsatz des Textil-Einzelhandels im Gesamtumschlag für das deutsche Wirtschaftsgebiet, ist „Textil-Woche“, wertmäßig 76,3 pCt. des Umsatzes im gleichen Monat des Vorjahres. Nach Ausschaltung der September-Einzelhandelsindex, der die Umsätze dieser Ziffer auf 71,1 bzw. 71,6 bzw. 68,4 pCt. und der Umsatz im dritten Vierteljahr 1932 betrug wertmäßig 69,7 pCt. des Umsatzes im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Kohlen-Einigung mit Belgien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRÜSSEL, 23. NOVEMBER

Die deutsch-belgischen Kohlenverhandlungen haben gestern, wie schon kurz gemeldet, mit einer Einigung geendet. Das Einfuhrkontingent, das bisher 50½ pCt. bzw. 125 000 T. im Oktober betragen wird, wird auf 62 pCt. der Kohlen-Kollektive heraufgesetzt, die monatlich durchschnittlich während des ersten Semesters 1931 nach Belgien eingeführt wurde. Diese Kontingentvergrößerung erstreckt sich auf alle Sorten Industrie- wie Hauskohlen im Rahmen der vorhergehenden Abmachungen und hat rückwirkende Kraft bis auf den 1. Oktober, so daß die von Belgien im Oktober 1931 nach Deutschland eingeführten Kohlen den Verträgen gegen die alte Kontingent durch diese Neuordnung wohl als liquidiert gelten.

Dieses neue Kohlenkontingent wird durch ein weiteres Zusatzenkontingent für Hauskohlen von 55 auf 62 pCt. erhöht, das noch erweitert werden kann. Es tritt am 1. Dezember in Kraft. Damit wurde sich dann monatlich das Einfuhrkontingent für alle Sorten zusammen auf 185 000 T. erhöht, während nach belgischen Voraussagen erst eine stärkere Heraussetzung auf 180–200 000 T. in Aussicht genommen war.

internationalen Preise auswirkt, diese Entwicklung im Endeffekt international mehr Schaden anrichtet als in England. Man wird auch nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß ein Land mit so schwacher und so schwankender Währung nicht in der Lage ist, Import und Export in einem Maße zu betreiben, Amerika, als einem der wichtigsten Lieferanten Englands, nicht ohne Eindruck belästigen dürfte.

Die Prognose der weiteren Entwicklung zu geben, ist schwierig. Man ist darüber gefaßt, daß das Pfund auf 3,00 gegen New York heruntergeraten wird, obwohl natürlich alle derartigen Festlegungen ganz willkürlich sind. Es steht nicht allein Zweifel, ob die Regierung in England ein so fulminant und über kurz oder lang zu einer Gegenreaktion führen muß. Denn schließlich kann sich auch der tiefste Pfundstand nicht als ein Verhängnis über die Zahlung von 29 Millionen Pfund ein Land mit den Reserven und dem inneren Reichtum Englands nicht unwirksam kann.

Der Notenumlauf in England ist in der Berichtswochen wiederum um 100 Millionen Pfund gestiegen, was die Rückgegangen. Bei gleichbleibendem Goldbestand von 1394,5 Mill. Pfd. zeigt die Reserve eine Zunahme um 100 Millionen Pfund. Das Verhältnis von den Aktiven zu Verbindlichkeiten ist um 0,5 (0,7) auf 41,6 pCt. gestiegen.

Anleihe-Ablösung entspricht der Reichsverfassung

Erstmalig vom Reichsrichter festgestellt

Die Frage nach den Verhältnissen zwischen Neu- und Altschuld-Anleihe bildete den Hauptgegenstand eines am Donnerstag vor dem Reichsrichter verhandelten Zivilprozesses. Gegen die Entscheidung des Reichsgerichts, die eine Forderung auf Entschädigung für früheren Besitz an deutschen Mark-Anleihen nach durch Umschlag in Altschuld-Anleihe anerkannt wurde, in der worden war, geltend gemacht, daß das Reich Auslosungsrechte gewähren müsse, weil das Anleiheablosungs-gesetz vom 16. Juli 1925 nicht mit der Reichsverfassung in Einklang stehe. Vor allem wurde eine Verletzung des in Artikel 109 der Reichsverfassung gewährleisteten Grundgesetzes des Rechts auf Entschädigung im Falle einer Enteignung gerügt und geltend gemacht, daß die Regelung durch das Anleiheablosungs-gesetz, wie es die Reichsverfassung vorschreibe, „zum Wohl der Allgemeinheit“ erfolgt sei.

Die Klage war bereits von den Berliner Gerichten abgewiesen. In der Entscheidungsurteil des Reichsgerichts, das die umstrittene Maßnahme zum Wohl der Allgemeinheit zu dienen bestimmt sei, nicht dagegen könne ihre Gültigkeit davon abhängen, inwieweit dieses Ergebnis tatsächlich erreicht werde, auch der Grundsatz der Gleichstellung vor dem Gesetz sei verletzt.

Die Unterabteilung zwischen Alt- und Neubeschuld rechtfertigt sich auch nach den Grundsatzen der Billigkeit und des sozialen Ausgleichs. Es soll grundsätzlich jeder Besitzer von Reichsanleihen einen Anspruch auf eine neue Anleihe (Anleiheablosung) haben, wenn die alte Anleihe abgesetzt haben. Darüber hinaus soll aber den Altschuldnern, die durch ihr Festhalten an dem Altschuld den größten Schaden erlitten haben, ein weiterer Vermögensvorteil zugewendet werden in Gestalt des Auslosungsrechts.

Dieser Auffassung hat sich auch das Reichsgericht angeschlossen und die Klage unter Zurückweisung der Revision abgewiesen. In der Entscheidungsurteil des Reichsgerichts, das die früher ergangenen grundsätzlichen Urteile, so bei der Hypothekenaufwertung, verwiesen, in denen die Verfassungsgründe der Anleiheablosung als Handlungsbildung bereits festgestellt worden. Mit Bezug auf Artikel 109 der Reichsverfassung, das hier eine Willkür des Gesetzgebers vorliege.

Karstadt-Filialen in der Reorganisation. Die Rudolf Karstadt AG, Berlin-Hamburg, beabsichtigt, im Zusammenhang mit den bei ihr erfolgenden Reorganisationsmaßnahmen eine Anzahl ihrer Filialen, die bisher als selbständige Zweigbetriebe geführt wurden, in die Karstadt AG zu integrieren. Diese Maßnahmen werden gleichfalls in der Reorganisation der Karstadt AG, Berlin-Hamburg, erreicht, daß die bei selbständigen Zweigbetrieblösungen häufig erforderlich werdenden kostspieligen Änderungen der handelsregisterlichen Eintragungsorgane, werden.

Abbau der Lombard-Verpflichtungen

Avale	203,62	200,60	171,53	175,62
Eig. Indoss.-Verbindlichkeiten...	155,24	171,57	447,76	448,62

Weiterer Umsatzrückgang

Unter Berücksichtigung der Auflösung des Reservefond und der Sonderrücklage stehen zur Verlusttilgung und zu Wertberichtigungen 5.66 Mill. RM zur Verfügung. Hiervon

Auch bei den Girozentralen machte sich zum ersten Male seit langer Zeit ein wirklich ins Gewicht fallender Besserung bemerkbar. Die wachsenden Einlagen bei den Sparkassen haben eine Erhöhung der Guthaben bei den Girozentralen zur Folge gehabt und diese ist stand gesetzt, ihre Indossamentverpflichtungen (größtenteils bei der Akzeptbank) um 86 Mill. RM abzubauen. Darüber hinaus konnten sie ihre Portfeuille an eigenen Ziehungen um 52 Mill. vergrößern.

Gutes GEG-Geschäft

HAMBURG, 25. NOVEMBER

Die Bewegung der konsumwissenschaftlichen Spareinlagen zeigt eine weiter sinkende Tendenz. Die Summe der Spareinlagen belief sich im dritten Vierteljahr auf 256,43 (1931: 360,07; 1930: 412,98) Mill. RM. Die konsumwissenschaftlichen Spareinlagen betrugen im dritten Vierteljahr 1932: 4,6 Mill. RM ab. Der Bestand beträgt per 30. September 1932: 81,19 (1931: 124,39; 1930: 163,19) Mill. RM.

Die Konsumwissenschaftlichen haben in den letzten sechs Jahren mehr als eine Million Mitglieder zugeführt. Die Konsumwissenschaftlichen im allgemeinen haben sich nachahmen. Die 548 Konsumwissenschaftlichen des Zentralverbandes umfaßten im dritten Quartal 1932: 2,78 (1931: 2,92; 1930: 2,91) Millionen Mitglieder. Die Mitglieder des Zentralverbandes betrugen im dritten Quartal 1932: 2,78 (1931: 2,92; 1930: 2,91) Millionen Mitglieder. Die Mitglieder des Zentralverbandes betrugen im dritten Quartal 1932: 2,78 (1931: 2,92; 1930: 2,91) Millionen Mitglieder. Die Mitglieder des Zentralverbandes betrugen im dritten Quartal 1932: 2,78 (1931: 2,92; 1930: 2,91) Millionen Mitglieder.

Das Aufschwungjahr 1928.

Öffentliche Wetterdienststelle Berlin . Nachdruck verboten



Wetteraussichten für Berlin und Umgebung

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland
Süd- und Westdeutschland nach Regen rasche Temperaturzunahme und Wetterbesserung; Mittel- und Südostdeutschland zunächst trieb und regnerisch, später Milderung und Bewölkungsabnahme; Nordostdeutschland anfangs ziemlich heiter, nach kühler, später Bewölkungszunahme und Regen; überall frische westliche, später in West- und Mitteldeutschland mehr südwestliche Winde.

Der Londoner Goldpreis beträgt am 24. 11. 1932 für
Unze Feingold 126 sh 10 d gleich 86,6906 RM, für ein Gramm
gold demnach 48,9334 Pence gleich 2,78716 RM.

